

Stellungnahme zum Änderungsantrag

DIE LINKE.-Gemeinderatsfraktion

Vorlage Nr.: **2021/0378**

Verantwortlich: **Dez. 3**

Dienststelle: **SuS**

Tageweise Abrechnung der Gebühren für Betreuung und Mittagessen während der ergänzenden Betreuung und Notbetreuung

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	23.03.2021	20	x	

Kurzfassung

Die Verwaltung empfiehlt dem Gemeinderat, dem Antrag nicht zu entsprechen.

Finanzielle Auswirkungen	Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen Erträge (Zuschüsse und Ähnliches)	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzüglich Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>			
Haushaltsmittel sind dauerhaft im Budget vorhanden			
Ja <input type="checkbox"/>			
Nein <input type="checkbox"/> Die Finanzierung wird auf Dauer wie folgt sichergestellt und ist in den ergänzenden Erläuterungen auszuführen:			
<input type="checkbox"/> Durch Wegfall bestehender Aufgaben (Aufgabenkritik)			
<input type="checkbox"/> Umschichtungen innerhalb des Dezernates			
<input type="checkbox"/> Der Gemeinderat beschließt die Maßnahme im gesamtstädtischen Interesse und stimmt einer Etatisierung in den Folgejahren zu.			
CO ₂ -Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)		Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>
			geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant		Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Korridor Thema:
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)		Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften		Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> abgestimmt mit

Ergänzende Erläuterungen

Die privatrechtlichen Verträge mit den Eltern für Betreuung und Mittagessen sehen eine monatliche Pauschale vor. Eine tageweise Abrechnung ist aus diesem Grund vertraglich nicht vorgesehen.

Mit dem vorgeschlagenen Abrechnungsmodell kommt die Stadt den Eltern entgegen, indem nur die Hälfte der monatlichen Pauschale entrichtet werden muss, selbst wenn die Kinder darüber hinaus die Angebote häufiger wahrnehmen.

Aus diesem Grund empfiehlt die Verwaltung, dem Antrag nicht zu entsprechen.